

25
—
78

Union in Deutschland

Bonn, den 22. Juni 1978

FDP in der Sackgasse

Das Präsidium hat unter Vorsitz von Helmut Kohl die Partei aufgerufen, alles in ihrer Kraft Stehende zu unternehmen, um die regierungs-fähige Mehrheit der CDU im Landtag in Wiesbaden zu erreichen. Nur auf diese Weise kann eine neue, bürgernahe Politik in Hessen verwirklicht werden, nachdem die FDP auf ihrem Landesparteitag in Flörsheim wider alle politische Vernunft das Zwangsbündnis mit der SPD bekräftigt hat.

Die hessischen Wähler haben einmal mehr zur Kenntnis nehmen müssen, daß die FDP nicht über die Freiheit verfügt, eine liberale Erneuerung der hessischen Politik durchzusetzen. Die Christlichen Demokraten werden sich in ihrem Wahlkampf in Hessen mit ihrem Angebot an freiheitlicher und sozial gerechter Politik an die liberalen Wähler wenden und deutlich machen, daß eine solche Politik nach der Bekräftigung des Zwangsbündnisses der FDP mit der SPD nur von der CDU in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann.

Die FDP in Hessen gehört jetzt, zusammen mit der SPD, in die Opposition, weil sie die Fehler, Mißerfolge und Affären der hessischen Landesregierung mit zu verantworten und die Chance vertan hat, den auch in den eigenen Reihen für notwendig gehaltenen Kurswechsel in Hessen einzulegen.

Weiter auf Seite 2

D-MARK

Wir brauchen wie vor 30 Jahren einen klaren Kurs in der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Seite 3

HÖCHERL

Die Vorschläge der Union wurden ignoriert oder hochmütig abgetan.

Seite 5

Die wichtigsten Punkte des Höcherl-Berichtes. Gelber Teil

BUNDESBAHN

Gscheidles Zackzackkurs muß endlich gebremst werden.

Seite 7

WITWENRENTEN

Die sozialpolitischen Bedenken bleiben bestehen.

Seite 11

NDR

Stoltenbergs Konzept für eine vernünftige Neuordnung.

Seite 13

ÖA

Gesamtangebot der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit.

Rosa Teil

DOKUMENTATION

Kommunisten mißbrauchen Gewerkschaften — Etiketten-schwindel als Strategie.

Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

leiten. Sie wird bald erkennen, daß sie keine Zukunft an der Seite der SPD haben wird, sondern voll in den Abstiegssog des „demokratischen Sozialismus“ hineingezogen wird.

Die nächste Nagelprobe für liberale Politik wird die FDP in der Steuerpolitik zu bestehen haben. Unter dem Druck ihrer katastrophalen Niederlage bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen in Niedersachsen und Hamburg hat sich die FDP dazu durchgerungen, die seit langem vorliegenden Vorschläge der CDU/CSU zu übernehmen, die leistungs- und investitionsemmende Überbesteuerung abzubauen. Die FDP

hat schon in dieser Woche im Deutschen Bundestag Gelegenheit, diesem Lippenbekenntnis Taten folgen zu lassen, wenn über den Antrag der CDU/CSU auf Einführung eines neuen Einkommensteuertarifs ab 1979 abgestimmt wird.

Die CDU weist mit aller Entschiedenheit die von der SPD vorgebrachte Unterstellung zurück, bei einem Wahlsieg in Hessen würde die Union eine Blockadepolitik im Bundesrat betreiben. Es gab bisher keine Blockadepolitik der Union im Bundesrat, und es wird auch in Zukunft keine geben. Die CDU ist als demokratische Partei dem Allgemeinwohl verpflichtet und wird auch in Zukunft nach diesem Grundsatz handeln.



pi

In Treue fest

HANDELSBLATT: Pieler

30 Jahre Deutsche Mark

Am 20. Juni 1948 fiel hier in Frankfurt die Entscheidung, die wie keine andere das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland geprägt hat, erklärte Helmut Kohl anlässlich des 30. Jahrestages der Währungs- und Wirtschaftsreform in einer Feierstunde in der Frankfurter Paulskirche.

In einer Zeit, die von Hunger, Lethargie und Verzweiflung geprägt war, wies Ludwig Erhard mit der Währungsreform den Weg aus der Zwangswirtschaft und eröffnete den Horizont neuer Hoffnung. Dies war der Beginn des Weges in unsere Soziale Marktwirtschaft, die freiheitliche Grundlage für den beispielhaften wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland.

Heute nach 30 Jahren Deutscher Mark stelle ich mit Genugtuung fest: Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in der Bundesrepublik Deutschland in Jahrzehnten bewährt. Was wir wieder brauchen wie vor 30 Jahren, das ist ein klarer Kurs in der Wirtschaftspolitik, der sich ausschließlich an der bewährten Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft orientiert.

Die Ludwig-Erhard-Stiftung hat zum 30. Jahrestag der Deutschen Mark das Taschenbuch „Entscheidung in Frankfurt“ herausgegeben (Autor Willi Schickling, Seewald-Verlag, Stuttgart). Außerdem gibt es von der Stiftung die Jubiläumssonderprägung „30 Jahre Deutsche Mark, 30 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ mit dem Porträt Ludwig Erhards (erhältlich an den Schaltern der Geldinstitute).

■ INFORMATION

Helmut Kohl trifft Carter

Zu einem offiziellen Besuch reist Helmut Kohl vom 25. Juni 1978 bis zum 30. Juni 1978 in die Vereinigten Staaten von Amerika. Er wird begleitet vom Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Richard von Weizsäcker und vom Vorsitzenden des Arbeitskreises für Außen-, Deutschland- und Europa-Politik der CDU/CSU-Fraktion Werner Marx. In Washington trifft Helmut Kohl mit führenden Mitgliedern der US-Regierung wie Außenminister Vance und Finanzminister Blumenthal, mit Verteidigungsminister Brown und

Energieminister Schlesinger sowie mit Mitgliedern des Kongresses zusammen. Für Freitag, 30. Juni, ist eine Begegnung mit Präsident Jimmy Carter und ein Meinungsaustausch mit Sicherheitsberater Breczinski vereinbart.

Stiftung „Familie in Not“

Die Gründung einer Stiftung „Familie in Not“ hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Erwin Teufel in Stuttgart angeregt. Das soziale Netz, erklärte Teufel, sei in der Bundesrepublik zwar sehr eng geknüpft, dennoch gebe es immer wieder Fälle, in denen Familien ohne oder nur mit geringem eigenem Verschulden in Not geraten seien. Diesen Familien müsse schnell und unbürokratisch geholfen werden. Die CDU-Fraktion schlage deshalb vor, eine

Stiftung des bürgerlichen Rechts zu gründen, die durch Spenden aus der Bevölkerung, der Wirtschaft und von den Gewerkschaften finanziert werden solle. Über einen Beirat sollten Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Familienverbände, kirchliche und sonstige auf dem sozialen Gebiet tätige Organisationen an der Stiftung beteiligt werden.

Bericht zur Lage der freien Berufe

Wir sehen in den freien Berufen eine gesellschaftliche Kraft, die im Interesse von Bürgern und Staat der ungehinder-ten Entfaltung bedarf. Die freien Berufe sind eine der tragenden Säulen unserer offenen, freien, sozialverpflichteten Gesellschaft. Ohne ihr Engagement zur persönlichen Leistung ist die freiheitliche Gesellschaft nicht lebensfähig, erklärte CDU-MdB Hansheinz Hauser, Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand. Vor diesem Hintergrund hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Antrag betreffend Vorlage eines Berichts der Bundesregierung über die Lage der freien Berufe im Bundestag eingebracht. Ein derartiger Bericht der Bundesregierung wird die Situation der freien Berufe umfassend durchleuchten können und mit Sicherheit Ausgangspunkt für weitere Initiativen sein.

CDU unterstützt Olympische Spiele 1984 im Ruhrgebiet

Die westfälische CDU in Nordrhein-Westfalen will alle Vorschläge und Bemühungen unterstützen, die Olympischen Spiele 1984 im Ruhrgebiet zu veranstalten. Sie ist der Auffassung, gerade die Städte an Rhein und Ruhr mit ihren hervorragend ausgebauten Sport-

anlagen eigneten sich besonders gut für die Ausrichtung dieser Spiele und will sich bemühen, den Vorschlag „Austragungsort Ruhrgebiet“ bei den zuständigen Olympischen Komitees offiziell einzubringen.

Bevölkerung mißtraut der Rentenversicherung

Die Diskussion um die sozialen Altersrenten ist nicht ohne Auswirkung auf die öffentliche Meinung geblieben. Eine soeben abgeschlossene Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie zu diesem Thema ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sich das Vertrauensklima in der Öffentlichkeit eindeutig verschlechtert hat. Während anlässlich einer ähnlichen Umfrage 1976 nur ein Drittel der Befragten die Befürchtung äußerten, die Rente könnte sich plötzlich verschlechtern, vertraten im Februar 1978 hochgerechnet 53 % der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 65 Jahren die Ansicht, die Rentenversicherung sei eine Einrichtung, der man nicht so recht trauen könne.

Einziges Mittel gegen Panzermassen der Sowjets

Zur Absicht des amerikanischen Senatsausschusses für die Streitkräfte, die baldige Produktion der Neutronenwaffe in Gang zu bringen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, die Überlegungen entsprächen dem Inhalt einer Erklärung, die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Februar dieses Jahres abgegeben worden sei. Die Neutronenwaffe verstärke die Abschreckung gegenüber der ständig wachsenden Angriffsfähigkeit der sowjetischen Panzerverbände.

■ HÖCHERL-BERICHT

Die Vorschläge der Union wurden ignoriert oder hochmütig abgetan

„Wir sind nicht bereit, uns der Art und der Weise der Vergangenheitsbewältigung anzuschließen, wie die Bundesregierung sie im Hinblick auf die fatalen Versäumnisse und Fehler bei der Suche nach den Schleyer-Attentätern betreibt und wie sie offenbar nicht bereit ist, aus dieser Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen zu ziehen“, erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik, Heinz Eyrich, in der Bundestagsdebatte über den Höcherl-Bericht.

So sehr wir die Haltung des zurückgetretenen Bundesinnenministers Maihofer respektieren, der aus seinem Teil der Verantwortung die Konsequenzen gezogen hat, so sind wir nicht bereit, ihn als den allgemeinen Sündenbock zu akzeptieren, nach dessen Opferung über das Versagen aller anderen Beteiligten der Mantel des Schweigens gedeckt wird.

Über die verschiedenen Teilhaber an der Mitverantwortung für das Schicksal Schleyers muß hier geredet werden. Wir wollen über Mitverantwortung auch deshalb reden, weil viele Fehler doch eigentlich nur Symptome für Übel sind, mit denen wir es heute um nichts weniger zu tun haben als damals. Übel, die in ihrem Kern angegangen werden müssen, wenn der eine oder andere organisatorische Schritt oder selbst ein

Amtsverzicht Sinn haben und wirkliche Besserung bringen soll.

Der Höcherl-Bericht drückt mit knappen und zurückhaltend formulierten Worten ein vernichtendes Gesamturteil über die Terrorismusbekämpfung durch die Bundesregierung und Koalition aus.

Wir haben die verantwortlichen Personen unmittelbar vor Augen: den Kanzler, der es mindestens zuläßt, ja sogar fördert, daß polizeitaktische Maßnahmen von Politikern beschlossen werden; den Bundesinnenminister, der einem nachgeordneten Landesbeamten einen unüberlegten, alsbald in vieler Hinsicht unzweckmäßig oder undurchführbar erscheinenden Auftrag erteilt; schließlich den nordrhein-westfälischen Innenminister, der diesen ganz undurchdachten Auftrag ausdrücklich mitträgt, aber nicht daran denkt, auch nur im mindesten Vorsorge zu treffen für eine klare Dienstanweisung an den Koordinierungsstab, eine Aktenordnung oder was sonst für eine präzise, zuverlässige und rasche Polizeiarbeit nötig ist.

Weil mangels jeder ordentlichen Geschäftsführung des Koordinierungsstabes heute nicht mehr nachzuweisen ist, ob und wie der entscheidende Fernschreibhinweis dort verloren gegangen ist, weist NRW-Innenminister Hirsch jede Verantwortung für das Verschwinden dieser Fernschreiben von sich. Er, der entscheidend mitverantwortlich ist dafür, daß dieser Nachweis nicht ge-

führt werden kann, beruft sich auch noch ausdrücklich darauf. Er hat es — es ist schwer zu fassen — sogar fertiggebracht, den Vorsitzenden seiner Düsseldorfer Landtagsfraktion zu dem Ruf nach Maihofers Rücktritt zu ermuntern. Dem Rücktritt jenes Mannes, mit dem zusammen er Maßnahmen getroffen hat, die möglicherweise dazu geführt haben, daß das Versteck nicht gefunden und für Hanns Martin Schleyer der Versuch unternommen worden ist, ihn lebend zu befreien.

Ich habe schon im November vergangenen Jahres die in der Nacht nach dem Schleyer-Attentat in hektischer Improvisation eingerichtete Zentrale Einsatzleitung kritisiert, längst ehe wir ahnten, welche schlimmen Folgen solche Improvisation hatte. Der Höcherl-Bericht bestätigt diese Kritik.

Auch hier haben wir wieder das gleiche Bild: Trotz der Kette sich steigernder terroristischer Überfälle — von Drenkmann, Lorenz, Buback, Ponto — keine Vorsorge für eine Organisation der Sicherheitskräfte, die koordinierte Großeinsätze von Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz, Länderpolizei und Verfassungsschutz lenken und koordinieren konnte. Hier waren die Folgen mangelnder Vorsorge zum Teil schon vor der Aufdeckung der Versäumnisse um die Spur von Erftstadt-Liblar erkennbar: Einer nachgeordneten Sachbehörde, die nur kriminalpolizeiliche Zuständigkeiten und Fähigkeiten hat, wird die Lenkung des Einsatzes aller Sicherheitskräfte übertragen. Die lenkende und eigentlich steuernde Funktion des Ministeriums wird aus unerfindlichen Gründen ganz ausgeschaltet. Der Verfassungsschutz wird der Polizei zugeordnet. Die Polizeihöheit der Länder wird kühn außer acht gelassen. (Siehe auch gelber Teil, UID-Extra)

Schon am 26. November 1977 habe ich einen Vorschlag gemacht und gefordert, daß im Innenministerium eine Zentrale Lenkungsstelle für alle über den Bereich einer einzelnen Sicherheitsbehörde des Bundesministers hinausgehenden oder die Länder einschließenden Einsätze auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit eingerichtet werden soll. Ich bin heute wie damals der Auffassung, daß nur so eine unerwünschte Verschiebung der Gewichte zwischen den beteiligten Bundesbehörden verhindert werden kann.

Leider hat die Bundesregierung es für richtig gehalten, meinen und den Vorschlag meiner Fraktion zu ignorieren. Es half auch nichts, daß wir am 10. April erneut den Vorschlag gemacht haben, diese wichtige Maßnahme in Angriff zu nehmen. Als dann schließlich die Bundesregierung überhaupt nicht reagierte, aus welchen Gründen auch immer, griffen ihn schließlich die zuständigen Gremien der Innenministerkonferenz auf und empfahlen ihn einstimmig zur baldigen Realisierung. Herr Höcherl schließt sich in seinem Bericht dem ausdrücklich an.

Jetzt — jetzt endlich — verspürt man Reaktionen bei der Bundesregierung. Das ist es, was wir beklagen: Mangelnde Vorsorge im Kampf gegen den Terror, Vorschläge der Opposition werden ignoriert oder hochmütig abgetan, selbst nach schlimmen Erfahrungen und trotz großer Worte.

Wie heißt es doch im Höcherl-Bericht: Die Auswertung der Erfahrungen aus terroristischen Anschlägen und ihre Umsetzung in Gesetzesvorschläge und organisatorische Entscheidungen scheint nicht mit dem notwendigen Nachdruck und Umfang geschehen zu sein. Sich diesem Urteil zu stellen, heißt politische Konsequenzen zu ziehen.

■ BUNDESBAHN

Gscheidles Zickzackkurs muß endlich gebremst werden

Verkehrsminister Gscheidle hat im vierten Jahr seiner Amtszeit sein viertes sogenanntes Konzept zur Sanierung der Bundesbahn vorgelegt. Es ist an Dürftigkeit und Unverbindlichkeit kaum noch zu übertreffen. Schon heute kann gesagt werden, daß diese Kabinettsbeschlüsse zur Lage der Bahn nichts bewegen werden und schon gar nicht die besorgniserregende Talfahrt stoppen können.

Statt konkrete und verbindliche Entscheidungen über den langfristigen Kurs der Bahn aus ihrer Misere herauszufestzulegen, hantiert Bundesverkehrsminister Gscheidle auch weiterhin mit immer neuen Modellen und Versuchen. Für die CDU/CSU ist der Verkehrsminister nach Meinung des verkehrspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion, Dieter Schulte, seit langem der „Bruchpilot“ des Bundeskabinetts. Jetzt scheint auch seine eigene Fraktion allmählich die Geduld zu verlieren. Die CDU/CSU hält Gscheidles „Versuchskaninchen-Politik“ bei der Bahn für unverantwortlich. Jedes Unternehmen der Privatwirtschaft würde mit solchen Praktiken innerhalb kurzer Zeit zugrunde gerichtet.

Bei der vom Haushalts- und Verkehrs-ausschuß des Deutschen Bundestages am 31. Mai vorgenommenen Experten-anhörung zur Bundesbahn wurde der

Ernst der Lage augenscheinlich. Dort hätte der Verkehrsminister erfahren können, wo Ansatzpunkte einer erfolgreichen Bundesbahnpolitik zu finden sind. Der Minister hielt jedoch sein Erscheinen für nicht notwendig.

Mit den neuen Kabinettsbeschlüssen zur Bahn wird jetzt aber deutlich, daß Gscheidle nicht den Mut hat, die für die Bahn so verhängnisvolle Phase der Ungewißheit und des Experimentierens zu beenden. Dies hat nach Auffassung der CDU/CSU die bittere Konsequenz, daß die restlos verunsicherte Bahnkundschaft die Abwanderung von der Schiene fortsetzt. Tatsache ist, daß alle Rationalisierungen bei der Bahn sich als Schlag ins Wasser erweisen werden, wenn dieses Unternehmen nicht in die Lage versetzt wird, neue, lukrative Verkehre zu gewinnen. Gerade in dieser Frage erweisen sich aber die bundesbahnpolitischen Kabinettsbeschlüsse als totale Fehlanzeige.

Die CDU/CSU hat den langjährigen Zickzackkurs der Bundesregierung in der Bundesbahnpolitik immer mit Nachdruck kritisiert und eine kontinuierliche Linie bei der Sanierung der Bahn vertreten. Dies gilt für verkehrspolitische Entscheidungen wie für innerbetriebliche Maßnahmen. Die Stellung der Bahn im Markt, ihre Erträge und Kosten und ihr gemeinwirtschaftlicher Auftrag sind nach wie vor die zentralen Fragen der Eisenbahnpolitik. Anstelle einer Infla-

tion kurzatmiger Bundesbahnkonzepte hat die CDU/CSU ihre Bundesbahnpolitik mit langem Atem betrieben und fortentwickelt.

Das sind die Vorschläge der CDU/CSU

Die zentralen Forderungen der CDU/CSU in ihrer Bundesbahnpolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Investitionshilfen für die Bahn, um dem Unternehmen einen Ausgleich für Wettbewerbsverzerrungen gegenüber ihrer Konkurrenz zu verschaffen;
- eine auf die mittelfristige Finanzplanung des Bundes abgestimmte mittelfristige Investitionsplanung der Bahn mit Schwerpunkten dort, wo der arteigene Vorteil des Schienenverkehrs voll zum Tragen gebracht werden kann;
- kontinuierlicher, durch Investitionen abgesicherter, zielstrebiger Rationalisierungsprozeß mit langem Atem, um schrittweise den hohen Personalkostenanteil bei der Bahn zu senken;
- im Interesse der Kundschaft der Bahn muß baldmöglichst endgültige Klarheit über das zukünftige Streckennetz der Bahn geschaffen werden. Streckenstilllegungen sind nach Auffassung der CDU/CSU nicht das Patentrezept zur Sanierung der Bahn;
- baldige Schaffung einer europaweiten Schienen-Infrastruktur, damit die Eisenbahn einen angemessenen Teil am grenzüberschreitenden Verkehr erhalten kann und unser Straßennetz nicht für alle Zukunft der Tummelplatz ausländischer Lkws bleibt;
- verstärkte Anreize für den kombinierten Verkehr Schiene/Straße im Interesse einer Straßenentlastung;

- Verbesserung aller Möglichkeiten der Kooperation zwischen Bahn, privater Verkehrswirtschaft und verladender Wirtschaft zum Vorteil der Bahn;
- Entwicklung eines Verkaufskonzepts für die Bahn, in dem Marktchancen, Angebot und Kosten aufeinander abgestimmt sind. Ein Fahrplan für den Güterverkehr darf nicht nur der privaten Konkurrenz vorbehalten bleiben;
- Verbesserung des Verkaufsapparats der Bahn, um mit der Schlagkraft der Konkurrenz mithalten zu können;
- wirksamere Erfolgskontrolle bei der Bahn;
- weniger Statistik, aber dafür mehr betriebliches Rechnungswesen bei der Bahn, damit jederzeit innerbetrieblich Klarheit darüber herrscht, wann und wo Kosten in welcher Höhe entstehen;
- statt sinnloser Zentralisierung und organisiertem Mangel an Verantwortungsmöglichkeit müssen die Verantwortlichkeiten nahe an die unmittelbaren Kostenstellen herangeführt werden.

Bahn darf nicht „Packesel der Nation“ bleiben

Nach Auffassung der CDU/CSU hat die Bundesbahn aber nicht nur unternehmerische Aufgaben, sondern gemeinwirtschaftliche, d. h. nicht kostendekkende Aufgaben zu erfüllen. Nur wenn beide Aufgabenbereiche für jedermann klar und deutlich in der unternehmerischen Rechnung der Bahn wie auch bei den Folgelasten im Bundeshaushalt getrennt sind, ist eine Besserung der Situation insgesamt möglich. Heute ist die Bahn in der unerträglichen Rolle eines „Packesels der Nation“.

■ KOALITION

Linke Genossen halten zusammen

Mechthild Jansen, SHB-Vorsitzende, und der Bremer Hochschullehrer Gerhard Stuby, die wegen Unterstützung des prokommunistischen „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ aus der SPD ausgeschlossen wurden, haben eine Reihe bekannter Fürsprecher in der SPD gefunden: Die Gewerkschafter Willi Bleicher und Detlef Hensche, die Bundestagsabgeordneten Klaus Thüsing und Manfred Coppik, der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder, der Stamokap-Theoretiker Detlev Albers, der frühere niedersächsische Staatsekretär Heinz Reichwaldt und andere unterschrieben eine Solidaritätserklärung in der der Parteiausschluß kritisiert wird: „Ihr Ausschluß aus der SPD hindert uns nicht daran, Sie weiterhin als festen Bestandteil der sozialdemokratischen Bewegung zu betrachten“, heißt es in der Solidaritätsadresse der linken Genossen.

Fürsprecher für den Zugang von Kommunisten

Die schleswig-holsteinische SPD ist nach Auffassung von CDU-Sprecher Koop dabei, sich zum eifrigsten Fürsprecher für den Zugang von Kommunisten zum öffentlichen Dienst zu entwickeln. Koop kommentierte das Engagement des SPD-Landesvorsitzenden Jansen für den Barmstedter DKP-Gemeindevertreter Thiel, der als Realschulanhänger von der Hamburger Schulbehörde abgelehnt worden ist. Außerdem wies Koop darauf hin, daß sich zahlreiche SPD-Landtagskandidaten zum Ziel

gesetzt hätten, den Radikalenbeschuß zur Abwehr von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst ersatzlos zu streichen. (Auch der SPD-Landesparteitag hatte in Neumünster eine solche Forderung beschlossen.) Dies sei Beweis genug — so Koop —, daß die schleswig-holsteinische SPD nicht mehr in der Reihe derer stehe, die sich mit der notwendigen Festigkeit gegen kommunistische Unterwanderung des öffentlichen Dienstes stellten.

Emil Schäfer, DKP-Gemeindevertreter in Langenseibold (Hessen), begründete dort einen Antrag seiner Fraktion zum Verbot der Aussperrung. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD im Gemeinderat angenommen.

Marxistische Basis in der SPD wächst

Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Schröder, hat es als Aufgabe der Marxisten bezeichnet, ihre Positionen innerhalb der SPD auszubreiten. Denn nur durch den Druck der Basis lasse sich die Kluft zwischen dem, was in der Partei gedacht werde, und dem, was die SPD-Bundestagsfraktion daraus mache, überwinden.

Schröder vertritt die Auffassung, daß nur mit Radikalismus — „begriffen als das grundsätzliche Infragestellen von gesellschaftlichen Strukturen, auch von programmatischen Positionen“ — positive Veränderungen in der praktischen Politik erzielt werden könnten. Von dieser Art radikalen Denkens könne es gar nicht genug in der Gesellschaft geben.

In einem in den „Lutherischen Monatsheften“ veröffentlichten Interview nennt es Schröder erfreulich, daß es innerhalb der SPD gegenwärtig eine Tendenz gebe, in der marxistische Positionen wieder stärker Beachtung fänden.

Dies gelte allerdings nur für die „marxistische Basis“, nicht aber für die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung. Die Tradition der SPD sei aber „sehr viel stärker vom marxistischen Gedankengut geprägt als vom Volksparteidenken“.

Bahr wieder für Vorleistungen

Zu der Forderung des SPD-Bundesgeschäftsführers Egon Bahr, Vorleistungen auf dem Gebiet der Abrüstung zu erbringen, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Carl Damm, Mitglied des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages, damit schade Egon Bahr erneut den deutschen und den westlichen Sicherheitsinteressen. Ausgerechnet zur gleichen Zeit, wo der Bundeskanzler sich vor der UNO-Abrüstungskonferenz bemühe, Verständnis vor allem in der Dritten Welt dafür zu wecken, daß „Gleichgewicht das wichtigste Prinzip ist, von dem alles Bemühen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszugehen hat“, und die Sowjets andeuteten, daß sie im Rahmen einer MBFR-Vereinbarung eventuell Panzer abziehen würden, wolle Egon Bahr Vorleistungen des Westens. Ein solcher Schaden für unsere lebenswichtigen Interessen könne nicht mehr auf Unwissenheit des SPD-Geschäftsführers zurückgeführt, sondern müsse als Absicht angesehen werden.

Erneut Unregelmäßigkeiten bei der Entwicklungshilfe

Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit befaßte sich dieser Tage mit der Arbeit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Die Bundesregierung hielt es in dieser Sitzung nicht für nötig, einen seit

Wochen vorliegenden Bericht des Bundesrechnungshofes zur Durchführung der deutschen technischen Hilfe bekanntzugeben. Der Bundesrechnungshof hatte in diesem Bericht nach dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) nunmehr auch die GTZ und das Entwicklungsministerium in aller Härte kritisiert.

Juso-Chef neuer Anwalt von Mahler

Der Vorsitzende der Jungsozialisten, Gerhard Schröder, hat als Rechtsanwalt den Auftrag des früheren Apo-Anwalts Horst Mahler übernommen, das von diesem eingeleitete Wiederaufnahmeverfahren zu übernehmen. Mahler ist als Mitglied der Baader-Meinhof-Bande zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. Die Übernahme des Mandats für Mahler gab Schröder erst nach den Wahlen in Niedersachsen bekannt; er informierte hierüber auch das SPD-Präsidium, das keine Einwendung erhob.

Mitglieder-Verluste bei der FDP

Die FDP in Nordrhein-Westfalen bildet mit fast 25 000 Mitgliedern immer noch den stärksten Landesverband der Partei. Aber die Landespartei hat im letzten Jahr fast 2 000 Mitglieder verloren, davon knapp die Hälfte durch Parteiaustritt. Das geht aus dem Geschäftsbericht hervor, den die FDP für ihren bevorstehenden Landesparteitag in Duisburg vorgelegt hat. In den letzten drei Jahren haben jeweils fast tausend Mitglieder die Partei verlassen. Während die FDP im Landtagswahljahr 1975 und im Bundestagswahljahr 1976 noch jeweils mehr als 4 000 neue Mitglieder gewinnen konnte, ist der Zuwachs im letzten Jahr auf 2 200 gesunken.

■ WITWENRENTE

Sozialpolitische Bedenken bleiben

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Witwenrente erklärte Generalsekretär Heiner Geißler: Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß es verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden sei, daß Witwen nicht mehr als 60 Prozent der Sozialversicherungsrente ihres verstorbenen Ehemannes erhalten. Es stützte sich dabei auf das versicherungsrechtliche Prinzip, nach dem die Versicherungsrente eine Lohnersatzfunktion, die Hinterbliebenenrente dagegen eine Unterhaltsersatzfunktion habe.

Mit dieser verfassungsrechtlichen Klärung hat das Gericht jedoch die Frage offengelassen, ob nicht sozialpolitische Bedenken gegen die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regelung sprechen. In der Begründung ihrer Entscheidung bezweifelten die Verfassungsrichter sogar ausdrücklich, daß der Gesetzgeber bei Bemessung der Witwenrente von einem unterschiedlichen Bedarf des jeweilig überlebenden Ehegatten ausgehen darf.

Angesichts dieses deutlichen Hinweises auf die sozialpolitische Verantwortlichkeit der Politiker ist der selbstgefällige Beifall, mit dem die Bundesregierung den Urteilsspruch quittiert, mehr als verwunderlich. Die Tatsache, daß eine erhebliche Zahl der Witwenrente unter den Sätzen der Sozialhilfe liegt, stellt ihrer Politik ein Armutszeugnis aus.

Die CDU hat mit ihrem Modell der Part-

nerrente schon 1975 den Weg zur sozialen Gerechtigkeit in der Hinterbliebenenversorgung aufgezeigt und ist damit bis heute die einzige Partei, die einen gerechten und realisierbaren Lösungsvorschlag vorgelegt hat. Die Notwendigkeit, hier eine Lösung zu finden, wurde vom Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 1975 bestätigt, durch das die Bundesregierung erst auf ihre Pflicht hingewiesen werden mußte, bis 1984 männlichen und weiblichen Hinterbliebenen gleiche Rentenansprüche zu sichern.

Mehr Hilfe für Gastarbeiter-Kinder

Die CDU/CSU-Fraktion hat am 14. Juni im Deutschen Bundestag gefordert, die Verbesserung der Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu einem Schwerpunkt der Politik zu machen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen „Bericht über die Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer“ im Bundestag vorzulegen. Dazu erklärte MdB Albrecht Hasinger: 830 000 Kinder ausländischer Arbeitnehmer leben in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Lage ist bisher ausschließlich entweder unter Arbeitsmarktgesichtspunkten oder unter schulischen Aspekten gesehen worden, jugendpolitische Gesichtspunkte wurden demgegenüber vernachlässigt. Hier muß ein Schwerpunkt der Jugendpolitik der nächsten Jahre liegen (siehe auch UiD 21/78).

■ PRÄSIDIUM

Zentrales Thema: Das Klima an den Hochschulen

Zu einem Gespräch über Fragen von beiderseitigem Interesse trafen am 12. Juni im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn Vertreter des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und das Präsidium der Westdeutschen Rektorenkonferenz zusammen.

Themen des Gesprächs waren unter anderem das geistige Klima an den Hochschulen und seine Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung, die Situation von Forschung und Lehre im Zusammenhang mit Problemen der Studienreform, die bisherigen Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes einschließlich des Staatsvertrags über den Hochschulzugang, die Personalsituation an den Hochschulen unter besonderer Berücksichtigung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Entsendung von deutschen Hochschullehrern ins Ausland und deren berufliche Sicherung nach ihrer Rückkehr sowie die Förderung des Auslandsstudiums der deutschen Studenten.

Die Teilnehmer des Gesprächs traten übereinstimmend dafür ein, daß der Staatsvertrag über den Hochschulzugang von allen Bundesländern unterzeichnet wird, um eine durch die gegenwärtige Verzögerung drohende Rechtsunsicherheit zu vermeiden.

Es wurde vereinbart, die Möglichkeiten des Einsatzes deutscher Hochschullehrer im Ausland und des Studiums deut-

scher Studenten im Ausland gemeinsam zu untersuchen, um den Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Export von Bildung und Kultur erheblich auszubauen.

Das Gespräch fand in aufgeschlossener und verständnisvoller Atmosphäre statt. ■

Am 13. Juni fand im Konrad-Adenauer-Haus eine Begegnung des Präsidiums der CDU Deutschland und des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes statt. Unter Leitung des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Freiherrn von Heereman, und des Vorsitzenden Helmut Kohl, wurde der Gedankenaustausch über die agrar- und wirtschaftspolitische Lage fortgesetzt.

Präsident Heereman erläuterte eingehend seine Vorstellungen über die Weiterführung der EG-Agrarpolitik und der notwendigen nationalen agrarpolitischen Ergänzungsmaßnahmen, nachdem die Agrarpreisbeschlüsse für das Wirtschaftsjahr 1978/79 für die deutsche Landwirtschaft enttäuschend ausgefallen sind. Es muß, wie Heereman sagte, die Aufweichung der EG-Marktordnungen vermieden werden, und in den kommenden Jahren müssen angemessene Preisanhebungen erfolgen.

Beide Präsidien stimmten überein, daß eine breitgestreute bäuerliche Agrarstruktur dringend notwendig ist, auch unter dem Gesichtspunkt der ausgewogenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum. Bezuglich der Einkommensbesteuerung bestand Einmütigkeit, daß auch unter Berücksichtigung einer langfristigen Harmonisierung der Steuern in der EG auf die Durchschnittsbesteuerung nicht verzichtet werden kann, wobei die Gesamtsteuerlast unverändert bleiben sollte.

■ NORDDEUTSCHER RUNDFUNK

Stoltenbergs Konzept für eine vernünftige Neuordnung

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat am 8. Juni 1978 durch gleichlautende Schreiben an den Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen den Staatsvertrag über den NDR mit Wirkung vom 31. Dezember 1980 fristgerecht gekündigt. Die Kündigung hat das Ziel, dem NDR eine neue Rechtsgrundlage zu geben und dadurch eine Reform des NDR herbeizuführen, die in mehreren Punkten erforderlich ist, um seine Aufgaben in Zukunft zu erfüllen.

Vor der Presse erklärte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg u. a.: Die schwere Finanzkrise des NDR erfordert neue Regelungen, die die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Anstalt sichern. Die mangelnde Programm ausgewogenheit macht eine Verdeutlichung der im Staatsvertrag festgelegten grundsätzlichen Aussagen über das Programm notwendig. Die Vernachlässigung der regionalen Belange der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen macht eine Verstärkung der Regionalberichterstattung erforderlich. Neue Entwicklungen im Bereich der elektronischen Medien erfordern eine Bestätigung und eine Begrenzung der Aufgaben des NDR als öffentlich-rechtliche Anstalt.

Die Entscheidung der schleswig-hol-

steinischen Landesregierung beruht auf sorgfältigen und umfangreichen Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe, die in vielen Erörterungen auch den Rat und die Erfahrung unabhängiger Sachverständiger in das Ergebnis ihrer Arbeit einzogen hat.

Auf der Grundlage dieser eingehenden Vorarbeiten hat sich die Landesregierung entschlossen, an der Organisationsstruktur des NDR als Anstalt des öffentlichen Rechts, die das Recht der Selbstverwaltung besitzt und nur einer staatlichen Rechtsaufsicht unterliegt, festzuhalten.

Bei der Konzeption der Rundfunkgremien hat sich die Landesregierung nach sorgfältiger Beratung für ein grundlegend anderes Konzept ausgesprochen, als dies bisher im Staatsvertrag vorgesehen war. Der Einfluß der bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen im Sendegebiet soll bei der Umgestaltung des Rundfunkrats vor allem dadurch hervorgehoben werden, daß der größte Teil der Rundfunkratsmitglieder erstmals aufgrund der Benennung durch die Gruppen bestimmt wird.

Hierbei hat die Landesregierung auch die Wünsche beachtet, die von verschiedenen Gruppen und Organisationen an sie herangetragen worden sind. Der objektive Ausgangspunkt für diese Grundsatzentscheidung war die entsprechende Regelung für das ZDF, die

von allen elf Regierungschefs der deutschen Bundesländer einmütig beschlossen worden ist. Die Zusammensetzung des neuen Rundfunkrats entspricht weitgehend der Regelung beim ZDF.

Der Anteil der parlamentarischen Mandatsträger sowie der Vertreter der Exekutive in den Gremien soll zahlenmäßig begrenzt werden, und zwar im Rundfunkrat auf etwa ein Viertel und im Verwaltungsrat auf ein Drittel der Mitglieder.

Im einzelnen sind wesentliche Neuregelungen vorgesehen:

Die Organe des NDR sind

1. der Rundfunkrat: 51 Mitglieder, bisher 24 Mitglieder;
2. der Verwaltungsrat: 9 Mitglieder, bisher 6 Mitglieder;
3. der Intendant.

Der bisherige Programmbeirat soll entfallen. Seine Aufgaben sollen künftig in erweiterter Form vom Rundfunkrat und insbesondere von seinen Programmausschüssen wahrgenommen werden.

Von den 51 Mitgliedern des Rundfunkrats sollen benannt werden:

- 38 Mitglieder von den genannten Gruppen und Verbänden,
- 10 Mitglieder von den Parteien nach Maßgabe ihres Stärkeverhältnisses bei der letzten Landtagswahl,
- 3 Mitglieder von den Regierungen der drei Vertragsländer.

Die Aufgaben des Rundfunkrats sollen insbesondere auf die Programmüberwachung, den Erlaß von Programmrichtlinien und die Wahl des Intendanten ausgedehnt werden.

Durch die Einsetzung von je einem Programmausschuß für Hörfunk und Fernsehen als ständige Ausschüsse mit weitgehenden Kontrollrechten im Pro-

grammbereich soll die Handlungsfähigkeit des Rundfunkrats insgesamt verbessert werden.

Der Verwaltungsrat soll aus neun Mitgliedern bestehen, und zwar aus sechs Mitgliedern, die vom Rundfunkrat mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden, sowie aus drei Mitgliedern, die von den Regierungen der Länder benannt werden. Auch hier hat sich die Landesregierung insbesondere am Vorbild des ZDF sowie auch anderer Rundfunkanstalten orientiert. Am Intendantenprinzip soll festgehalten werden, jedoch soll die Stellung der leitenden Direktoren durch ein Vertragsrecht und eine Auskunftspflicht gegenüber den Gremien sowie dadurch gestärkt werden, daß sie vom Verwaltungsrat auf Vorschlag des Intendanten gewählt werden.

Von ganz wesentlicher Bedeutung für die Reform des NDR ist eine Fortentwicklung der Programmgrundsätze, an die die Programmgestaltung gebunden ist. Diese verbindlichen Leitgrundsätze sollen gewährleisten, daß das Programm von der verfassungsmäßigen Ordnung und den Wertvorstellungen des Grundgesetzes geprägt ist, ausgewogen und vollständig informiert sowie die Grundsätze der Wahrhaftigkeit, Objektivität und Überparteilichkeit beachtet. Die Programmgrundsätze werden — deutlicher als bisher — als bindende Rechtsnormen ausgestaltet, die für alle Mitarbeiter der Anstalt unmittelbare Rechtspflichten begründen.

Bei kritisch-analytischen Sendungen ist den von der Kritik Betroffenen wenn möglich in derselben Sendung oder in engem zeitlichem Zusammenhang und zu gleichwertiger Sendezeit die Möglichkeit einer angemessenen Entgegennahme oder Rechtfertigung einzuräumen.

Die Programmkontrolle obliegt dem Rundfunkrat, der das Recht zum Erlaß ergänzender verbindlicher Programmrichtlinien im Rahmen der Programmgrundsätze erhalten soll.

Um seine Aufgabe als Dreiländeranstalt besser erfüllen zu können, soll die Organisation des NDR nach föderalen Prinzipien neu gegliedert werden, indem die Funkhäuser in Hannover und Kiel eine größere organisatorische Selbständigkeit erhalten und in größerem Umfang eigene Programme (Länderprogramme) produzieren und ausstrahlen. Dabei soll das zweite Hörfunkprogramm nach einem zeitlich noch abzustimmenden Konzept schrittweise in die Zuständigkeit der einzelnen Funkhäuser übergehen. Im Fernsehen soll die regionale Ausprägung verstärkt werden.

Die Länderprogramme der Funkhäuser sollen das politische Geschehen und das Leben der Bürger in ihrer landsmannschaftlichen Vielfalt angemessen darstellen. Hierzu gehören auch Darstellungen ihrer Kultur und Geschichte, Wirtschaft und Landesentwicklung sowie ihres sportlichen Lebens.

Die Rechte der durch Sendungen des NDR Betroffenen sollen verbessert werden durch ein

- wirksames Gegendarstellungsrecht,
- Einführung eines Beschwerderechts an den zuständigen Programmausschuß des Rundfunkrats,
- Recht auf Einsichtnahme in Aufzeichnungen von Sendungen.

Die Finanzwirtschaft des Nörddeutschen Rundfunks und seine Rechnungslegung sollen mit dem Ziel

- größerer Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit,
- einer umfassenden Kontrolle durch

die Rechnungshöfe der Vertragsländer präziser als bisher geregelt werden. Dies soll auf der Grundlage der gemeinsamen Vorschläge der Landesrechnungshöfe erfolgen, die den Ländern vorliegen.

Im Interesse einer sauberen Trennung zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist, einerseits und privatrechtlichen Interessen andererseits soll der NDR sich künftig weder unmittelbar noch mittelbar an privaten, auf Gewinnerzielung gerichteten Unternehmen beteiligen können. Als Ausnahme soll lediglich die Beteiligung an einer Gesellschaft zugelassen werden, der die Anstalt die Durchführung der Werbung übertragen hat.

Die Rechtsaufsicht der drei Länder über den NDR soll effektiver ausgestaltet werden, indem sie nicht mehr gemeinsam ausgeübt wird, sondern in einem zweijährigen Wechsel durch die jeweils federführende Regierung. Diese soll sich bei der Ausübung der Rechtsaufsicht mit den beiden anderen Regierungen abstimmen, ohne an ihr Votum gebunden zu sein. Wichtig ist die Klarstellung, daß die Rechtsaufsicht sich auf die gesamte Aufgabenerfüllung der Anstalt erstreckt.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung geht davon aus, daß es gelingen wird, auf dieser Grundlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes Einigung über einen neuen Staatsvertrag zu erzielen. Für den Fall, daß dies wider Erwarten nicht möglich sein sollte, muß die schleswig-holsteinische Landesregierung sich vorbehalten, vor Auslaufen des geltenden Staatsvertrages Vorschläge für eine Neuordnung des Rundfunks im norddeutschen Raum zu machen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELENDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Flörsheim

In einer zentralen Frage ist die hessische FDP gespalten. Darüber kann auch die Bereitschaft der unterlegenen Minderheit nicht hinwegtäuschen, nun im Wahlkampf engagiert und solidarisch die offizielle Marschroute zu vertreten. Parteichef Ekkehard Gries und mit ihm nahezu die gesamte Landesprominenz der Liberalen vermochten es nicht, die Gruppe der „Abweicher“ auf ein tragbares Maß zu reduzieren. 113 Neinstimmen sind doch weit mehr als erwartet und in diesem Fall zuviel, um dem Sieger einen Kranz zuwinden.

Die in Flörsheim insbesondere von Hofie propagierten Thesen konnten nur mühsam verbergen, daß bei den hessischen Liberalen eine beachtliche Gruppierung zur CDU umsteigen möchte. Diese Leute wollen weg von der SPD. Deshalb plädieren sie für ein Offthalten der Koalitionsaussage. Sie würden es — trotz manchen Einwänden —

auch mit Alfred Dregger wagen, aber sie wagen nicht, dies jetzt schon zu bekennen.

Frankfurter Rundschau, 19. Juni 1978

Nun nimmt das Schicksal seinen Lauf. Gegen den Willen einer starken Minderheit hat sich die hessische FDP auf Gedeih und Verderb als Blockpartei an die SPD geschmiedet; sie hat damit auch ihre Bundespartei an eine mit schweren Irrtümern befrachtete Vergangenheit gekettet.

Die Welt, 19. Juni 1978

Trotz der Entscheidung der hessischen Freien Demokraten, nach den Wahlen vom 8. Oktober das Bündnis mit den Sozialdemokraten fortsetzen zu wollen, gehen die Partei und ihr Vorsitzender geschwächt in den Wahlkampf. Das magere Ergebnis — nicht einmal zwei Drittel der Delegierten folgten dem Vorsitzenden und dessen Votum für die SPD — hat sich Ekkehard Gries selber zuzuschreiben. Er ließ eine gerade in der FDP notwendige starke Führung vermissen und operierte statt dessen mit „persönlichen Empfehlungen“.

Süddeutsche Zeitung, 19. Juni 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelenderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD